

# **Öffentliche Bekanntmachung**

## **Inkrafttreten der Einbeziehungssatzung „Flurstück 103/1 in Rammingen“**

Der Gemeinderat der Gemeinde Rammingen hat am 16.05.2024 in öffentlicher Sitzung aufgrund § 34 Abs. 4 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg, jeweils in der aktuellen Fassung, die Einbeziehungssatzung „Flurstück 103/1 in Rammingen“ (Hinter dem Dorf) gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und am 06.06.2024 öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund einer fehlenden Umweltprüfung wurde ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Der Gemeinderat der Gemeinde Rammingen hat am 30.07.2025 in öffentlicher Sitzung die ergänzte Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

Das Plangebiet umfasst das Flurstück 103/1 der Gemarkung Rammingen. Es liegt am südöstlichen Ramminger Ortsrand und grenzt nördlich, südlich und westlich direkt an bestehende Bebauung entlang der Martinsgasse und der Bahnhofstraße an.

Maßgebend sind der Zeichnerische Teil vom 02.02.2024, der Schriftliche Teil und die Begründung der Einbeziehungssatzung in der Fassung des Ingenieurbüros Kolb aus Steinheim vom 25.04.2025 sowie mit artenschutzrechtlicher Relevanzprüfung vom 02.06.2023 und Umweltbericht vom 31.03.2025 des Büros Zeeb und Partner.

Der Geltungsbereich der Einbeziehungssatzung ist aus dem abgebildeten Lageplanausschnitt ersichtlich.



*Ausschnitt Einbeziehungssatzung „Flurstück 103/1 in Rammingen“, genordet, unmaßstäblich*

**Die Einbeziehungssatzung „Flurstück 103/1 in Rammingen“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).**

Die Einbeziehungssatzung kann gemäß § 10 Abs. 3 BauGB während der üblichen Öffnungszeiten bei der Gemeindeverwaltung im Rathaus Rammingen, Rathausgasse 7, 89192 Rammingen, von jedermann eingesehen werden; über den Inhalt der Einbeziehungssatzung wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Des Weiteren sind die Unterlagen auf der Homepage der Gemeinde Rammingen ([www.rammingen-bw.de](http://www.rammingen-bw.de)) eingestellt.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Gesetzliche Wirksamkeitsvoraussetzungen:

Unbeachtlich werden gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Rammingen, 04.09.2025

Bürgermeister Christian Weber